

Vertheilung des
nachmittag mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 J., 1/2 jährlich 1.50 J.
vierteljährlich 3.50 J. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
Abonnementpreis
monatlich 10 J., 1/2 jährlich 30 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels, Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047

Nr. 240.

Halle a. S., Donnerstag den 14. Oktober 1897.

8. Jahrg.

Rechtskraft endgültig verurteilt.

Das Reichsgericht hat am Dienstag die Revision unseres alten Vorläufigen Rechtskraft verurteilt. Es geht uns darüber folgender Bericht zu:

L. Leipzig, 12. Oktober.

Der Reichsgerichtsbeschuldigungsprozess gegen die Reichsamt hat heute vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Der Prüfung unterlag das Urteil des Landgerichts Breslau vom 14. November 1895, nach welchem der sozialdemokratische Leiter Reichstagsabgeordneter und Schriftsteller Wilhelm Liebknecht wegen Verleumdung des Kaisers zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Lieber die von Reichsamt eingeleitete Revision konnte ebenso wie in einigen andern Fällen zur Vermeidung gesammelter Prozesse bisher nicht verhandelt werden, weil der Reichstag das Verfahren für die Dauer der letzten Session sistiert hatte.

Der Antrag auf die Revision hat die von Reichsamt auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Breslau im Oktober 1895 gehaltenen Rede, in welcher er auf den bekannten Post des Kaisers am 2. September 1895 (eine Rede von Reichsamt) anspielte. Reichsamt hatte den Vorwurf seiner Rede vorher schriftlich fixiert und will nicht das Beweisen gehabt haben, daß er mit seinen Worten den Kaiser treffen wollte. Das Landgericht hat aber doch in dem einen der inkrustierten Sätze (Wortlaut) das die Verleumdungen unserer Partei betrifft, so stehen wir zu hoch, daß die ... kommen sie woher sie kommen, nicht an uns heranzukommen ... eine Verleumdung des Kaisers enthält. Es war der Ansicht, daß, weil die ganze Rede dem Angeklagten viel direkt ein ein Publikum machte, das vorher die Rede des Kaisers kennen gelernt hatte, ein Zweifel bei dem Publikum nicht darüber bestehen konnte, daß mit diesem zweiten Satze nicht doch irgend eine Partei, sondern auch eine noch höhere Stelle gemeint war und daß derselbe einen Hinweis auf die Rede des Kaisers enthielt.

Der Angeklagte habe seine Worte gewählt, um einer Verleumdung wegen Reichsamtbelästigung zu entgehen, aber er habe mit der Möglichkeit rechnen müssen und getrachtet, daß seine Worte als Reichsamtbelästigung aufgefaßt werden könnten und würden. Das Gericht nahm ferner an, daß unter den Zuhörern sich Personen genug befanden, die gerade nach dem Vorangehenden keinen Zweifel hatten, daß der zweite Satz auch auf den Kaiser bezogen werden würde, an dessen Ausdruck die ganze Rede des Angeklagten anknüpfte. Daß er das direkt gewollt habe, sei nicht nachgewiesen, aber es sei nachgewiesen, daß er die Worte unvorsichtig gewählt habe und sich wohl bewußt war, daß die Zuhörer sich den Eindruck haben konnte, diese Worte seien auf den Kaiser gerichtet.

Die Revision ist den Angeklagten wurde vom Reichsgericht Rechtsamt Dr. Freudenreich aus Berlin vertreten. Derselbe warf dem Urteile vor, daß es widerspruchsvoll und unlogisch sei. Wenn der Angeklagte nicht die Absicht gehabt habe, den Kaiser zu beleidigen, so könne von einer Verleumdung, daß er ihn doch beleidige und mit der er habe rechnen müssen nicht die Rede sein. Der Rechtsanwalt erklärte die Revision für unbegründet. Ein Widerspruch liege nicht vor, denn der Zusammenhang der Entscheidungsbegründe ergebe unmissverständlich, daß schließlich sei, der Angeklagte habe bewußt seinen einen zweideutigen Ausdruck gewählt. Lieber die juristische Seite des Urteils habe der Reichsamt nicht plantet, es sei also anzunehmen, daß derselbe auf dem Standpunkte liege, der von Reichsamt und Revision überall gestellt werde, daß nämlich der eventualbald sei lange ein feststehender Bestandteil der Jurisprudenz geworden ist. Dem, was das Urteil darüber sage, habe er, der Reichsamt, absolut nichts hinzuzufügen.

Das Urteil lautete auf Verwerfung der Revision. In der Begründung wurden die von der Revision angeführten großen Fehlerstellungen einer eingehenden Würdigung unterzogen. Es wurde kein Widerspruch darin erblickt, da nicht etwa feststehe, daß der Angeklagte eine Verleumdungsabsicht überhaupt nicht habe begreifen wollen, sondern nur gelagt ist, daß er einer Verleumdung wegen Reichsamtbelästigung aus dem Wege gehen wollte. Der eventualbald sei durchaus einwandfrei festzustellen. Der Reichsamt wohnt an a. zwei Reichsamt Scheimpotellen bei.

So wird denn unser milderer Freund und Führer kurz vor Vollendung seines 72. Lebensjahres noch einmal ins Gefängnis gehen müssen, in dem er so viele Male schon um seiner Überzeugung willen gefangen hat. Und zwar ins Gefängnis gehen müssen um eines Satzes willen, der selbst nach Urteil des Reichsamt an sich nicht strafbar ist, der aber als beleidigend von dem oder jenem Zuhörer hätte aufgefaßt werden können. Das Reichsamt hat gerichtet, dieser eventualbald sei durchaus einwandfrei festzustellen.

Auch dieses Urteil wird im Auslande als charakteristisches Beispiel für die in Deutschland herrschende Rechtsprechung genannt und bemerkt werden. Es ist abend geworden in Deutschland.

Aggressivität.

Zur Flottenfrage. Gegen die neuen Flottenpläne in dem von der Rdn. Ztg. angegebenen Umfange spricht sich zuerst die agrarische Deutsche Tageszeitung aus. Die von der Rdn. Ztg. angegebene Gesamtsumme erscheint ihr zu hoch. „Und dabei bleiben wir. Wie die Dinge jetzt liegen, können wir so viel nicht für Flottenvergrößerung bewilligen. Das ist unsere feste Überzeugung. — wohl verstanden: unsere Überzeugung. Gegen Überzeugungen verlangen Nebenbarnen nicht.“ Es ist unklar, weshalb, wenn England und Frankreich zum Vergleich herangezogen werden. Mit diesem Vergleiche kann man alles begründen, selbst die unferstehende Pläne. Wenn unsere Flottenwachter wirklich das Ziel erstreben, eine der schwächsten oder gar der eng-

lischen ebenbürtige Flotte zu schaffen, so halten wir's um so mehr für unsere nationale Pflicht, zu warnen und wüchtern zu bleiben. — So schreibt die D. Tagesz. jetzt! Wie wird sie in einem halben Jahre schreiben?

Der Panzerkreuzer Fürst Bismarck. Die Freis. Zeitung schreibt:

Die Marineoffiziere schreiben sich die Finger wund über die angebliche Vernachlässigung, welche bisher im Schiffsbau stattgefunden hätte und erst durch Herrn Tirpitz ausgeglichen worden müßte. Dabei erzählt die offiziöse Zeitschrift vor dem Publikum eine drastische Anekdote durch die Schilderung des Stapellaufs neuer Kriegsschiffe. Ein Stapellauf soll gerade jetzt dem andern. Mit dem Panzerkreuzer Fürst Bismarck ist das 33. Kriegsschiff seit dem Regierungsantritt Kaisers Wilhelm II. zu Wasser gelassen. Die Stapellaufe eines halben Dutzend von Torpedobooten und eines halben Dutzend der kleinen Torpedoboote sind dabei unberücksichtigt. Alles auf der Staatswerft in Kiel ist in diesem Jahre 1897 zu fünfmalen mal ein Neubau der Flotte zu Wasser gebracht worden. Trotz dieser fünf Stapellaufe verbleiben für den Rest des Jahres noch immer sechs weitere Kriegsschiffe auf dem Schloß. Im ganzen sind bekanntlich seit der Thronbesteigung des Kaisers Wilhelm II. 91 Kriegsschiffe für 310 Millionen Mark teils fertig gestellt worden, teils mit Bewilligung des Reichstags im Bau in Angriff genommen worden.

Der jetzt in Kiel vom Stapel gelassene Panzerkreuzer hat den Namen des Fürsten Bismarck erhalten. Diese Ehrung gebührt auch zum Rückwärts. Derselbe Regierung, welche jetzt den alten Fürsten in Friedrichsruhe begräbt, hatte noch bei seinem letzten Geburtsstage das beisein jede Beglückwünschung unterlassen.

Das neue Schiff war zwar bisher bezeichnet als „Ersatz“ für die Kreuzergregate „Leipzig“, hat aber mit jenem ausragendsten höchsten Schiff ganz und gar nichts gemein. Die Kreuzergregate „Leipzig“ kostete seiner Zeit kaum 5 000 000 Mark, während die Kosten für den neuen Panzerkreuzer einschließlich der Ausrüstung auf 17 300 000 M. veranschlagt sind. Der neue Panzerkreuzer fährt einen ganz neuen Schiffstyp ein. Es ist ein Schlachtschiff für den überseeischen Seetrag. Freilich ist das Schiff zunächst nicht als ein solches gefordert worden.

Zwei neue Osesentwürfe. Im Reichsamt des Jansen sind nach der Frank. Ztg. zwei Osesentwürfe in Vorbereitung. Der eine betrifft die Regelung der Arbeitstage der Handelsangestellten. Es wird darin versucht, einen Maximalarbeitszeit darüber herzustellen, daß Pausen von bestimmter Länge — mittags und nachts — angeordnet werden. Der andere Entwurf betrifft die kaufmännischen Schiedsgerichte. Diese sollen den Amtsgerichten angegliedert und die Weisung ausgelöst werden, gleich den Schöffen. Ein Wahlverfahren, wie es für die Gewerbegerichte besteht, scheint die Regierung nicht acceptieren zu wollen. — Es spricht sich darin ein ungedrucktliches Mißtrauen gegen den Kaufmannstand aus. Hoffentlich bezieht der Reichstag dieses Mißtrauen.

Der Kampf gegen die Vorurtheile der Sozialdemokratie. Der Kampf mittels Ausnahmegesetzen und sonstiger politischer Unterdrückungsmaßregeln gegen die Sozialdemokratie muß schließlich zu einem Kampf gegen die politische Freiheit überhaupt werden. Die Junter, die jetzt zum Kampf gegen die Sozialdemokratie als die gemeinsame Feindin der staatsrechtlichen Parteien aufrufen, werden keinen Augenblick anders, dieselben Unterdrückungsmaßregeln, welche sie gegen die Sozialdemokratie vorziehen, mit denselben auch gegen ihre Gegner innerhalb der staatsrechtlichen Parteien, gegen den bürgerlichen Liberalismus, anzuwenden. Einen Krieg dafür liefert jetzt die Kreuzzeitung. Sie jüzt eine liberale Ausrufungen aus Verklamernlassen der Freimüthigen Volkspartei und sagt im Anschluß daran wörtlich:

Wir hoffen, daß endlich auch in den Kreisen der Regierung die Überzeugung reifen wird, daß der Kampf gegen die Vorurtheile der Sozialdemokratie nicht minder nachdrücklich geführt werden muß, als gegen die letztere selbst. Eine Spende wie sie neuerdings die bürgerliche Demokratie im Interesse ihrer Wahlgerichte für erfordert Kampf richtiger Kampfe.

Also ein Ausnahmestück gegen den bürgerlichen Freimüthigen Die Junter geben sich alle Mühe, den augencheinlichen Beweis zu liefern, wie es notwendig ist, nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern auch für das liberale und demokratische Bürgerthum, dem unferstehende Ueberzucht ein Ende zu setzen!

Fremdenpolitik führt zum Ziele. Zum Präsidenten des Reichsdowlingensamtes ist der fromme Herr Gabel ernannt worden. Herr Gabel ist ein Mann nach dem Herzen von Hohenzollern. Man wird ja aus der Urteilsfällung durch Herrn Gabel wohl erfahren, ob und inwiefern seine Fremdenpolitik ihn veranlaßt, den durch Unfälle heimgeführten

Arbeiter beizuführen. Daß unläugig Gabel die literarischen Subelen des Berliner Schrifteneriens für innere Mission belobt und die Kraftfädenfabrik des Pastor Hülle in Berlin empfohlen hat, läßt nicht ohne große Hoffnungen aufkommen.

Einig vor Schülern. Vor einiger Zeit wurde plötzlich der Polizeiregiment B. in Hamburg vom Amte suspendiert und wenige Tage darauf ohne weitere Umstände aus dem Polizeidienst entlassen. Dieser Maßregel soll, wie das Hamburger Echo erzählt, folgende kaum glaubliche That des Polizeibeamten zu Grunde liegen: Drei Tage vor seiner Suspendierung kam B. eines Abends spät in angerathenem Zustande in eine Wirtschaft. Der Wirt B., der sehr fränklich ist, war schon zu Bett gegangen, weshalb seine erkrankte Tochter die anwesenden Gäste bediente. B. beleidigte in seiner Betrunkenheit in ganz ungebührlicher Weise das junge Mädchen, worauf der schnell von seiner Frau geweckte Wirt gegen den Polizeibeamten sofort in die Wache telephonirte. Der Wirt B. wurde sofort nach wenigen Minuten wieder und verhaftete den schon wieder im Bette liegenden Wirt unter der schweren Beschuldigung, er sei ihm des sträflichen Verlebens mit seiner Tochter verdächtig. Auf dem Wege zum Polizeiamt mochte dem Polizeibeamten wohl das Ungeheuerliche seines Thuns trotz seiner Trunkenheit aufdämmern und er ludte O. zu sprechen, die Sache als ungelegen zu betrachten. Damit war O. natürlich nicht einverstanden, sondern er drang darauf, mit B. nach dem Polizeiamt zu gehen. Dort änderte der Beamte sein Benehmen wiederum und erhob nochmals die obige Beschuldigung gegen O. Auf Verlangen des letzteren wurde der Polizeibeamt aus seiner Wohnung herbeigeholt, dem O. den Sachverhalt schilderte. Der Kommissar entließ O. sofort mit Worten der Entschuldigung.

Wird den Beamten der politischen Allgewalt nicht nach und nach gehen bei den sich mehrenden Ausschreitungen?

Ein Ausweisung mit Dampf. Ein aus Scharmelen in Hannover gebürtiger Deutscher-Amerikaner, der seit Anfang September d. J. bei seinen dort lebenden Eltern zu Besuch weilte, wurde dem Vorw. zufolge, ohne daß ihm von Seiten der Behörde irgend welche Frist zum Verlassen des preussischen Staatsgebietes gesetzt war, veranlaßt, sofort abzureisen. Der junge Mann, welcher um 1 Uhr mittags von der Ausweisungsbefehl Kenntnis erhielt, wurde gezwungen, den schon um 2 Uhr 25 Minuten abgehenden Zug zu benutzen.

Wieder eine Nichtbefähigung aus politischen Gründen. Die Regierung in Warschau hat den Stadtbürgermeister L. Krutze in Posen als Mitglied des Parlamentarismus der höheren Wädchenschule nicht befähigt. — Herr Krutze ist Vorhänger des fortschrittlichen Vereins „Friedrichshof“ in Posen i. B. und Vorstandsmittglied des Posenener Bezirksverbandes der Freimüthigen Volkspartei. — Es ist doch etwas gar Sauberes um die städtische „Selbstverwaltung“ in Posen.

Zur Angelegenheit des Ortsvorstehers Zählke

in Rahmsitz bei Lehm bemerkt sogar die Rdn. Ztg.: „Es ist fahner, sich in die Angelegenheit des Vorhänger Bezirksausschusses hinein zu mischen, der jedenfalls sich darüber nicht klar geworden ist, daß auch ein Landrat nicht die Befugnis hat, den Ortsvorsteher zu der Nichterfüllung eines Vertrags aufzufordern, also zu einer Handlung, die dem Gesetze zufolge die Verpflichtung zur Schadenersatzleistung mit sich bringt.“ Ganz gewiß wird dieses Urteil als Beweis dafür bemerkt werden, daß man in Preußen kein Vertrauen mehr zu der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte haben könne, wie dies auf der Verammlung des Vereins für Sozialpolitik von einem Redner mit diesen Worten behauptet worden ist. Gerade um deswillen erscheint diese Entscheidung besonders bedauerlich, und wir würden ausfindig auch nicht an näherem vermutet worden ist. Gegen das Erkenntnis ist der Reichsdowlingensamt beschränkt worden, und es wird somit Sache des Oberverwaltungsgerichts sein, sich darüber auszusprechen, ob in Preußen Gemeindevorsteher in der Verdingung über die Privatentgeltum beizuführen ist.

Status der Eisenbahnfälle. Dem Reichsdowlingensamt

zufolge sind nach der in Reichsdowlingensamt am 1. August 1897 nachgewiesenen auf den deutschen Eisenbahnen ausschließlich Bayern im Monat August d. J. folgende Betriebsfälle zu verzeichnen: Entgleisungen auf freier Bahn 14, Fälle auf Stationen 21, Zusammenstöße auf freier Bahn 3 und in Stationen 20, sonstige Betriebsfälle 158. Bei den Unfällen wurden 11 Reisende getötet, 64 verletzt; 35 Bahnarbeiter und Bahndiener in Dienst getötet, 79 verletzt; 2 andere Beamte im Dienst verletzt; 16 fremde Verletzte einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Beamten und Arbeiter getötet, 17 verletzt. — Das ist eine himmelstreichende Anzahl gegen das „Sparsystem“ auf deutschen Bahnen.

Gaberer. Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten von Bayern brachten im Landtag den Antrag auf Annahmestellung der Gabererfrage ein.

Von der Seeflange. Zur Militärtruppenreform wird aus München gemeldet: „Welche Anbahnung man

... nun auch immer über die staatsrechtliche Frage, ob Bayern bezüglich des obersten Gerichtshofs ein Referatvertrug zuzulassen oder nicht, einmengen mag, jedenfalls werden erstklassige Postämter nicht darüber im Zweifel sein, daß dieser Punkt nicht den eigentlichen Stein des Anstoßes bilden kann und daß die Urfrage, warum führt Hofenlohe die Vorlage nicht ein, bringt, in anderen Schwierigkeiten liegen muß. Man treibt aber mit dem Versuch, Bayern zum Einlenken zu machen, ein gefährliches Spiel.

Weges Kaiserbeileidigung angelegt war der Bürgermeister **Staub** zu Hofenlohe. Das Landgericht Magdeburg erkannte jedoch nach nichtöffentlicher Verhandlung auf Freisprechung.

Island.

Italien. In Rom fanden am Montag förmliche Straßenkämpfe wegen der beschlagnahmten Einkommensteuer-Erhebungen statt. Polizei und Militär war auf den Straßen. Offiziere wurden verwundet, es wurde geschossen und es fielen einige 20 Verhaftungen wurden vorgenommen. Streikwachen durchziehen die Stadt. Man beschäftigt die Arbeiter Organisationen aufzulösen.

Türkei. Aus Armenien kommt die Nachricht, daß die Türken neue Grenz gegen die Armenier verlegt haben.

Amerika. In Havana war ein Fräulein **Georgetta Cisneros** der Teilnahme an einer Verschwörung gegen den spanischen Gouverneur beschuldigt und daraufhin verhaftet worden. Drei New Yorker Journalisten befreiten die Gefangene aus dem Kerker. Sie werden von einem Ende Amerikas bis zum andern gefahren. Nubiere Köpfschneidern mit Recht eine erhöhte Spannung mit Spanien.

Äfrika. Die englischen Kolonialtruppen in Südafrika haben zahlreiche Beamte der Chartered Company teils gefangen genommen, teils erschossen, da diese die Truppen in die größte Wut gebracht haben. Seit Monaten empfangen die Mannschaften keine Nahrungsmittel mehr, so daß sie sich in kümmerlicher Weise von einigen Wild und den Früchten der Eingeborenen ernähren mußten. Der Gesundheitszustand der Europäer wurde dadurch der denkbar schlechteste, und die Kranken hatten weder ärztliche Hilfe noch Hygienemittel. — Von englischer Seite wurde man diese Vorgänge tot zu schweigen.

Politisches und Gerichtliches.

§ Zur Verhaftung des Genossen **Stengel** nach seiner Verurteilung zu 8 Monaten Gefängnis wegen Verleumdung des belgischen Königs schreibt das Hamb. Echo: „Es bedarf keiner Ermahnung, daß ein Hundstreich in diesem Falle ganzlich ausgeschlossen ist. Wir werden deshalb sofort die Veröffentlichung Stengels, event. gegen Revisionstellung, zu verhindern suchen. Auf den Prozess und das Urteil, das trotz der bisherigen Behauptungen der hiesigen Justiz heute überbracht wird, werden wir noch zurückkommen.“

§ Die **Rechtsanwaltschaft** in Stade hat es abgelehnt, gegen Genossen **Paul Weinhaber** aus Hamburg das Hauptverfahren zu eröffnen, der verfolgt werden sollte, weil er in einer Verurteilung im Hannoverischen Gericht es gab, auch unter den Genossen Sozialdemokraten. Die Staatsanwaltschaft begründete ihren Bescheid damit, daß die nationaldemokratischen Genossen und das Genossenschaftsmitglied im allgemeinen durch die Verurteilung nicht bestraft werden seien, da die fragliche Behauptung weder das Persönliche als Ganzes noch die übrigen Genossen treffe. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch die Verurteilung nicht bestritten, weil diese Behauptung in Beziehung auf die erwähnten Genossen wahr ist.

Parteiangelegenheiten.

— Als Reichstags-Parlament für den 1. Hamburger Wahlkreis wurde in einer dortigen Parteiverammlung einstimmig der Parteigenosse **August Böbel** proklamiert.

— Die sachlichen Kandidaturwahlen haben, wie schon erwähnt, das Ergebnis gehabt, daß alle zur Wahl stehenden sozialdemokratischen Kandidaten verloren gegangen sind, während 16 Konervative, 9 Nationalliberale, 2 Fortschrittler und 4 Unbestimmte. Die sozialdemokratische Fraktion ist dadurch im Landtage auf 8 Mann gesunken, 10 das ist die Hälfte der Mandate, wogegen 10 Mandate nicht mehr verteilt werden. In Gegenwart sind ein Konventioneller mit dem Namen **Wittke** und ein Sozialdemokrat, der sich **Wittke** nennt. Die sozialdemokratischen Wahlmänner geben den Ausschlag. Sie entziehen sich natürlich Mann für Mann der Stimmabgabe und lassen die schlagigen Brüder unter sich den Kampf ausmachen, wobei der **Wittke** unterlag.

— Von Landtagsmitgliedern sind folgende Erwähnungswürdig: Genossen **Fräulein, Bruner, Seifert, Goldig, Goldstein, Otto, Horn** und **Stolle-Mercant**. Ausgeschieden sind jetzt die Genossen **Geier, Stolle-Weiß, Bonitz, Horn**.

Maulwürfe.

Roman von **Nikolaus Krauß.**

11) Sie kamen auf die breite Ringstraße und schwebten gemächlich dahin. Olga brauchte keine Schritte zu mögen, Betty hinter war keines von den Mädchen, die da glauben, der Jubel der Schönheit liege darin, mit allerlei Schritten einzugetreten. Wohl sie hätte Betty Olga's Arm in dem ihren gekrümmt. Sie lag auf und folgte seinen Augen. Ein Wagen kam ihnen entgegen, da es ihm ein Frauen und ein alter Herr.

„Was ist Ihnen?“ fragte sie.

„Michs entzogene er und lachte von der Straße abzugeben. Aber schon hatten die Bräutigam des Wagens ihn erkannt; der Wagen hielt und (Gesicht) denn diese und ihr Vater waren es — lachte Paul mit dem Jäger zu sich heran. Als er nicht leben wollte, rief sie ihm beim Namen.

„Nun, lassen Sie sich durch meine Person nicht abhüten“, sagte Betty und sah zu Olga. Wenn Olga die Beschaffenheit etwas zu sagen — und sie lächelte ihren Arm und trat zurück. Paul ging zum Wagen.

„Sie sind mir aber ein schöner“, meinte der alte Krösig — „und in Wolken hängen sich nicht um Ihren Bögel.“

„Ich bin erst heute frisch gelohnt.“

„So, ich möchte Sie selbst mit dem Nachmittag schon Arm in Arm mit einer Dame über den Ring! Wer ist denn das Fräulein?“

„Die Schwester meines Freundes, bei dem ich abgehien.“

„Ist sie ein Mädchen?“

„Stimmen Sie ein!“ sagte Krösig. „Sie kommen gleich mit.“

„Olga hat sich nach Betty um, sie war nicht mehr da.“

„Werden Sie noch lange jagen?“ fragte Krösig. „Antworte nach dem Braut.“ Und Olga trat ein, legte ihr Gesicht gegenüber und hatte kein Wort mehr. Die ganze Welt verzerrte. Als unter am Abend aus der Fabrik nach Hause kam, fand er seine Schwester beim Tisch sitzen; den Kopf hatte sie in die Hand gelehnt.

„Was ist die? Du hast geweint?“ fragte Olga. „Sie gab keine Antwort.“

„Wo ist Paul?“

„Er ist zu mir?“

„Was ist's?“

„Daß er nicht ist.“

Abbau, Schule und Fabrik und durch die von den Zeitgenossen erzwungene Radikalüberwindung der Gen. Bittau.

Arbeiterbewegung.

Au die Former Deutschlands!

Durch Inferte in verschiedenen deutschen Zeitungen versuchen die Berliner Eisenarbeiter Former nach Berlin zu ziehen, trotzdem das Verbot des Kampfes noch eine ganz beträchtliche Zahl arbeitloser Former in Berlin vorhanden ist. Um zu verhindern, daß die Kollegen auf längere Zeit oder gar dauernd angepöbeln bleiben, ersuchen wir die Former allerorts, den Zug nach Berlin bis auf weiteres fernzuhalten.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

Otto Raetzer, N., Anklamstr. 44.

Der Ausbruch der Berliner Former ist bekanntlich beendet. Aber auf wie lange? Drei Formen, welche mit Unterstützung der Kollegen vor dem Einschnitt vertrieben, ist der Arbeitsschein verweigert worden, aber den in einem Fabrikbetrieb erklärt, ihre Namen seien verlesen und ständen als solche im „Kontrollbuch“. Dieses eigentümliche Verhalten konnte den Kampf von neuem befeuern.

Neuer Schiedsrichter Herr **Schredde** in Magdeburg haben wir hier die Spitze verhängt.

Auch schriftlich soziale Vergleiche werden zum Streit bedrängt. Der im Siegerlande (Westfalen) über 1000 Mitglieder zählende Verein **Christlicher Bergleute** ist den Kohlenbaronen ein Dorn im Auge. Der Vorstand ist trotz Protest entlassen worden, und es droht ein Streit.

Ausland.

Schweiz. Unter den Bergleuten der Schweiz ist eine größere Arbeiterbewegung im Gange. Die Preise der Lebensmittel sind sehr gestiegen: Weizen um 50 Proz., Butter um 20, Hülsenfrüchte um 25, die Meizen um 25 Proz. In einer Eingabe verlangen nun die Braunkohlenarbeiter einen Lohnaufschlag von 15 Proz bei einem Gehalt von 280 M. und genau durchgehenden Lohnüberschüssigkeit.

Dänemark. Die **Korbmaden** Kopenhagen stehen mit den Weibern in Unterhandlung wegen Einführung eines neuen Lohnsystems. Zugut ist vorläufig zu vermeiden.

Anruf zur Unterzeichnung der Maschinenbauer Englands!

Nachdem die Unternehmer im englischen Maschinenbau-Gewerbe eine Vereinbarung mit den im Kampf um den Achtstundentag befindlichen Arbeitern zur Beilegung des Streits abgelehnt haben, ist ein Aufruf des Kampfes nicht abzulehnen. Es scheint dem Unternehmerium darum zu tun zu sein, durch Verlagerung des Kampfes die Organisation der Maschinenbauer Englands zu schwächen und schließlich zu sprengen. Nach den uns aus London zugegangenen Berichten hat sich das gesamte Unternehmerium Englands vereinigt, um diesen Zweck zu erreichen. Die Grundbesitzer und Arbeiter haben die mit dem in Aussicht befindlichen Lohnabhängenden Arbeiter zu demangelieren. Die Schiffs- und Eisenbahngesellschaften haben den Unternehmern, welche ihre Arbeiter ausgebeutet haben, Vorschüsse in Aussicht gestellt.

Es handelt sich nicht mehr allein darum, die Bewegung um den Achtstundentag niederzuschlagen, sondern die Organisation der Arbeiter zu vernichten.

Unter diesen Umständen müssen die deutschen Arbeiter mehr als bisher die Solidarität aufbringen und sich nicht mit Sympathiebeweisen begnügen, sondern die Arbeiter durch materielle Unterstützung beistehen. Wir wollen zeigen, daß die Internationalität der Arbeiterbewegung nicht leere Worte ist.

Von einigen Vorständen der deutschen Gewerkschaften ist dieser Zweck durch Verhandlung materieller Unterstützung auch bereits erbracht worden. Aber in diesem Sinne ist die Unterstützung nicht, die aus den Gewerkschaften geleistet werden kann. Es müssen, um eine dem Stande der deutschen Arbeiterbewegung entsprechende Unterstützung zu leisten, Sammlungen veranstaltet werden.

Die Generalkonferenzen der Gewerkschaften sind von der General-Konferenz erludt worden. Sammlungen unter den Berufs-genossen zu veranstalten. Um eine Einheitsliste dieser Sammlungen herbeizuführen und besonders um regelmäßig größere Beiträge nach England übermitteln zu können, erklärt sich die General-Konferenz bereit, Verhandlungen in England zu nehmen um den Zeitpunkt des Kampfes fest, der Organisation der englischen Maschinenbauer zu übermitteln.

Einige Vorstände haben bereits ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die General-Konferenz als Zentral-Sammelstelle für Deutschland fungieren und alle Beiträge angestrichelt.

Es gilt, diese Sache zu schaffen für die Erringung des Achtstundentages; es gilt, die Organisationen der Brüder in England zu lösen; es gilt, der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft vollen Ausdruck zu geben und da werden die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zurück zu weichen.

der General-Konferenz der Gewerkschaften Deutschlands.

Sammlungen sind zu richten an: **C. Legien, Rathstr. 15. II.**

Hamburg. Jeder Sendung ist auf dem Postfachkonto eine genaue Kasse beizufügen, von welcher Betrag oder welcher Organisation sie kommt, damit eine genaue Abrechnung nach Beendigung des Kampfes aufgestellt werden kann.

Johannes und Irvingkloster.

Halle a. S., 13. Oktober 1897.

Aus dem Kerker in der Traufe geraten ist der Magistrat in der ferneren Verteilung seiner Maßnahmen bei Behebung der Schmutzfrage auf dem Hofmarkt. Erst berief sich demnach Herr v. Holly unter Hinweis auf Rechtsanwaltschaft, auf § 15 der Marktordnung. Am nächsten Tage wies man durch Abdruck des § 15 nach, daß derselbe allerdings nicht der Schmutzfrage gien, von der durch die Marktordnung vorgeschriebene Reinigung der Straße abzugehen. Am Montag wurde man erklärt, Herr v. Holly habe sich seiner Zeit nicht verpflichtet; nicht auf § 15, sondern auf § 13 stütze sich die Polizei bei ihren Maßnahmen. Man heißt aber § 13 in dem in Betracht kommenden Teile:

„Der Hofmarkt von gelingen Getränken zum Genuss auf der Straße bedarf es jedoch der besonderen Genehmigung der Polizeiverwaltung.“

Unglücklich konnte die Verteilung seitens des Magistrats nicht gut geführt werden. Die Herren **Staub** und **v. Holly** mochten auch das Unluthalbe ihrer Berufung einsehen, denn sie verließen den Boden des Paragrafenwertes und redeten lang und breit über die angeblichen Missethate, welche die bisherige Art der Schmutzfrageverteilung im Gefolge gehabt habe und die durch die neue Methode beseitigt werden ließe. Die Herren werden jedoch den Einwand hinhinsetzen müssen, daß das mit der Sache gar nichts zu thun hat. Gaben sich Missethate herausgestellt, so muß eben die Marktordnung auf dem gesetzlichen Wege, also unter Mitwirkung des Statordernament-Kollegiums, geändert werden. Dazu war ein volles Jahr Zeit. Der Magistrat hat diesen Weg nicht eingeschlagen. Kurz vor dem Markte ist er mit seiner neuen Methode hervorgeraten. Alle Beschönigungen und Berufungen ändern daran nichts, daß durch das Vorgehen bei Behebung der Schmutzfrage der klare Wortlaut der Marktordnung vom 25. März 1880 verletzt worden ist. Es sei nochmals hervorzuheben, daß § 14 ausdrücklich vorschreibt, wer einen Marktstand besetzen wolle, hat sich mündlich oder schriftlich bei dem **Markt-Polizei-Kommissarius** zu melden und den **Befehl der Straße** demgemäß zu sein. Diese klare Bestimmung ist durch die freihändige Vergabe der Schmutzfrage allenthalben außer acht gelassen worden. Der Magistrat hätte bedenken können, welchen Eindruck es auf die Bürgerfrage machen muß, wenn von seiner Seite selbst eine Verordnungsunterschied bleibt, während die Bürger für Verletzung irgend einer der scharf zahllosen Magistrats-Verordnungen bestraft werden.

Auch ein Grund zur Auflösung einer Versammlung. Die gefahren durch die Faunmann'sche städtische Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes, die gut heißt, was, verfiel der polizeilichen Auflösung. Es geht uns darüber folgender Bericht zu: Der Schriftsteller **Genosse Karl Weizsäcker** hat kürzlich über das Thema: „Quelle und Zweck des Erwerbes“ einen interessanten, mit Beispielen aufgewandenen Vortrag gehalten, worauf der Schloffer **Ernstwischke** eine Gegenüberstellung machte, welche ihm in den letzten Tagen passiert ist. Seiner Erzählung nach hat **E.**, der in einer kleinen Werkstatt arbeitete, mit seinem Meister Streit bekommen, worauf er von seinem Meister eingeschlossen sein will. **E.** fühlte sich der Freiheit beraubt und verschaffte sich mittels eines Kammerers durch die Thür Ausgang. Er will seine Papiere nicht erhalten und dann einen Polizeigenanten zu Hilfe rufen haben, der ihn schließlich einesperrt habe. Weizsäcker **E.** eingesperrt worden ist, war aus dessen mit etwas Erregtheit vorgetragener Darstellung nicht genau zu entnehmen. Jedenfalls bedarf die Sache noch der Aufklärung, denn **E.** hat die ganze Nacht in der Haft gesteckt und ist erst am anderen Morgen entlassen worden. Als nun **E.** die ihn seiner Meinung nach als ungesetzlich zu teil gewordene Behandlung des Polizeibeamten bestraft, iprang der überwachende Polizeigenant — man ahnte es nicht — plötzlich auf und erklärte mir nichts die nichts die Versammlung für aufgelöst. Den Einwurf eines Mitgliedes, auf welchen Geheißparagrafen sich denn die Versammlungsausschreibung eigentlich stütze, ignorierte der Beamte seine Beachtung, sondern

Erörtern und Satisfactionen herauf, wozu er an allem und konnte nicht anders Vorgesetzter dafür einsteht.

So viel Liebe und Freizügigkeit **Olga** mitgebracht hatte, es dauerte nicht lange und ihn eilte das ganze Treiben an. Jetzt erst sah er sich im Kreise seiner Mitbewohner um. Die meisten waren arme Leute, die in der Volkshäuser, um sich am Nachmittag eine Tasse Kaffee vergönnen zu können. Er mochte sie nicht, sie rochen alle nach Kram und schritten mit gekrümmten Rücken über. Dann gab's allerdings noch einige, welche das Ideal eines freien Bürgers zu verkörpern schienen, wie es jeder Mittelständler jahrelang in seiner Brust trägt. Auch diesen schloß sich **Olga** nicht an, er dachte alle, was nach Bezug und Unterordnung verfiel. **Olga** hand auch hier allein, allein wie seit seiner frühesten Jugend. Mit einem wahren Feuerzettel ludte er sich weiter zu bilden, auf eigene Faust, seinen Neigungen folgend, nach allen Richtungen. Aber immer härter empfiand er das Joch, welches ihm seine Stellung im Hause des Fabrikanten auferlegte. Und ein Arbeiterbildungsverein herbeigeführt, wurde ihm keine Lage geradezu unerträglich. Er hatte das Gefühl, als begäbe er jeden Tag einen Berrat, einen Berrat, er wußte nicht an wem. Ueber ein Jahr trat er diese Bein und Qual, die Abhängigkeit hing an ihn aufzuheben. Er mußte diese Fesseln sprengen, wollte er nicht zu Grunde gehen. Einmal Tages, bei Fische kam es zum Bruch. In dem Kräftigsten Hause verkehrte tagtäglich ein Oberleutnant von Rapphahnen, der glücklicher Weise eines Waise-förmigen, einer Schmarzhimme und eines Monocles war. Er machte **Gesicht** mit vibrierendem Ausdrucken den Hof und hatte es einmalmale verachtet. **Olga** von oben her auf zu beobachten. Dieser Herr hatte tags zuvor eine Zeitungsgeldstück angefordert, welche bezeugte, daß in dem und dem Arbeiterverein ein gewisser **Paul** **Olga** einen Vortrag gehalten. Raum hatte er sich niedergelassen, die Serviette unter sich gesteckt und einige Worte Guppe zu sich genommen, wurde er von **Olga** laut fragte, ob er seiner Herr sei, bei in Arbeitervereinen Vorträge halte. **Olga** gefasch dies unumwunden zu, ohne auf das lauernde Gesicht des Bragenden weiter zu achten. Jetzt aber nahm der alte **Krösig** das Wort und sprach: „So... so...“

„Nun mundert mich allerdings Ihr Geboden nicht an, wenn ich, wenn ich das früher gemacht hätte, würde ich mir es allerdings wohl überlegt haben.“

(Fortsetzung folgt.)

er fordern und den stanten in ten poliz triffen das Res schaft zu schen. gulien Seitens Beschme - aus Ver ministerhöc jod wo hoch von auf Neb - in Stenogri Derleibe 3 Lbr, 30 Nern. Schule - Gabelst hallesche Schrift-S - St der Kreis der Wer wenn die - geclend wieder e fabrik in einige A handelt befehlt, kann it folgende - im Jollen durchsch löhn zu angegel - Dieses gane fogar wenn - Zeitpau - Scha er - tot hat - dami - unter - wurde - Demnach zullehen. Arbeiter ledigau - * Bro - Sachle r - hante von der Spere - mu - be - er - scheid 6 - fuch - e - halb in e - fr - nach V - be - rufen - möglich, - in - ich - doch was - lehn nach - den. Die - Kranken - unmal de - Die Schrift - kommen. - werden g - nachdrück - Die Be - werden d - erst dann - eingesch - einen bis - Kommiss - in nun u - 1. B. am - welchem Dienstleg - 1. Oktober - folgt aber - sollen un - bedingung - dem X. B. - am 1. O - 1. Oktober - 1897 - Rechte von - anderen h - Zantische - an den - Zantische - Otto ein - schreiben. - in einem - in dem - der Spur - 3. B. - Schloffer - Straßens - der Brief - am Linde - aus Dobe

